

*„Vergangenes Jahr habn uns die 1500 Anträge an die Paritätische 60 Prozent bracht — also fang ma für heuer mit die ersten 3000 Anträg an."*

# 60 Prozent Gewinn

Über manches redet die ÖVP nicht. Zum Beispiel, daß sie im Parlament gegen eine amtliche Preisregelung gestimmt hat. Auch der ÖAAB stimmte dagegen, der sonst immer vorgibt, für die „arbeitenden Menschen einzutreten". Sie schweigt darüber, daß es in Österreich Großunternehmen gibt, deren Gewinne sich 1973 innerhalb eines einzigen Jahres um 60 Prozent erhöhten. Und sie „übersieht", daß es noch nie so viele Preiserhöhungsanträge in der Paritätischen Kommission gegeben hat wie zur Zeit der SPÖ-Regierung, nämlich 1500 allein durch die ÖVP-nahe Bundeswirtschaftskammer.

**Diese Zeichnung und den danebenstehenden Text fanden wir in einer SPÖ-Zeitschrift, genannt „Der österreichische Erdölarbeiter". Und dem Text entnehmen wir, daß an den vielen fetten Preiserhöhungen einzig und allein die böse ÖVP schuld ist. Was uns einigermaßen erstaunlich vorkommt. Denn die ÖVP ist zwar zugegebenermaßen eine Unternehmerpartei, aber in der Paritätischen Kommission führt sie keineswegs das große Wort und kann sich auch nicht selbst ihre Preiserhöhungsanträge bewilligen, sondern ist auf die brave Mithilfe ihres gleichberechtigten (paritätischen) SPÖ-Partners angewiesen. In der Paritätischen kann niemand überstimmt werden, denn dort gelten nur einstimmige Beschlüsse.**

**Jede Preiserhöhung wird also nicht nur von der Unternehmerpartei, sondern auch von der ach so arbeiterfreundlichen SPÖ mitbeschlossen. Und wenn die Zuckerbarone und die Ölprinzen und die Margarineimperatoren infolge dieser Mithilfe hohe und höchste Gewinne einstreichen, dann können sie ihren „sozialistischen" Sozialpartnern dankbar sein. (Unter uns gesagt: die meisten von ihnen sind es auch.) „Der österreichische Erdölarbeiter" aber spielt den Klassenkämpfer. Fürs Leserpublikum. Er ballt die Fäuste und wettert gegen die Unternehmer und ihre Organisationen. Die Tatsache, daß seine SPÖ-Genossen ganz paritätisch die horrenden Preiserhöhungen erst ermöglichen, die „übersieht" er einfach.** ●

Aus der Organisation:

## Die Vorarlberger Landesgruppe der VRA führte ihre Jahresversammlung durch

**Auf der Ende Dezember 1974 durchgeführten Jahresversammlung der Landesgruppe Vorarlberg der VRA wurde der Bericht des Vorarlberger Delegierten zur Vertrauensmännerkonferenz in Wien sehr positiv aufgenommen.**

**In einer breiten Diskussion wurde zu den Punkten**

1. **Internationale Lage**
2. **Situation in Österreich und**
3. **Organisatorische Fragen und Probleme**

**von den Genossen und eingeladenen Freunden Stellung genommen.**

**Die politische Linie und die Dokumente der Organisation haben volle Zustimmung und Unterstützung gefunden. Ebenso die von der Landesgruppe geführten Ergänzungen und Stellungnahmen.**

**In einigen weiteren Mitgliederversammlungen Anfang Jänner wurde kritisch und ausführlich die Situation unserer Vorarlberger Landesgruppe diskutiert. Auch dabei beteiligten sich alle Genossen und Freunde, auch in schriftlicher Form.**

**Das Ergebnis sind Beschlüsse für eine wirksamere Arbeitsteilung und breitere Leitung der Landesgruppe, und es wurden die Voraussetzungen zu besseren Aktivitäten geschaffen.** ●




für die volksmacht

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2. P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1200 Wien.







Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Einzelpreis S 3,–
Jahresabonnement S 30,–

Nummer 94

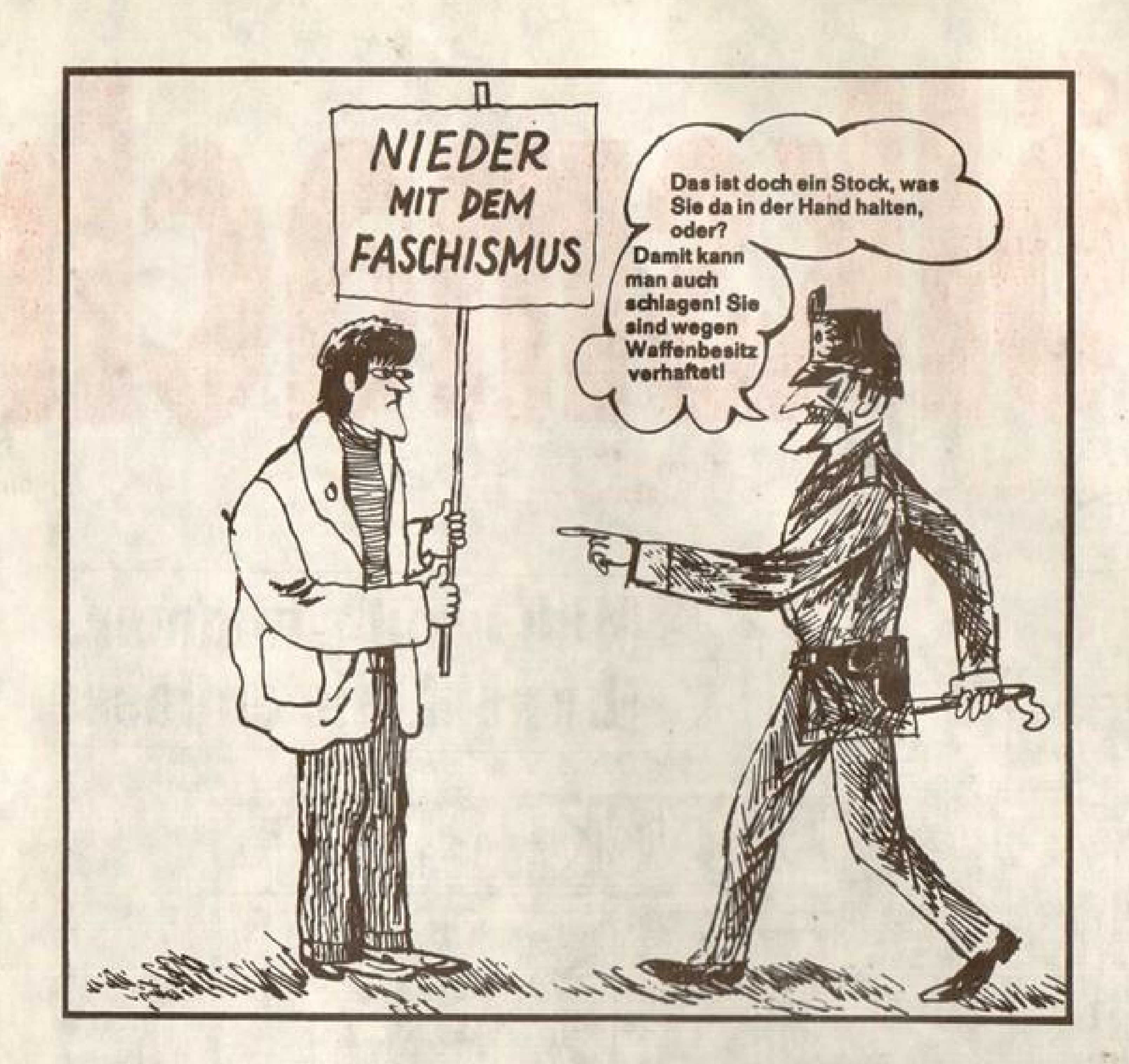




**N**ach den Entlassungen bei Swarowski im Herbst 1974 erhielten nunmehr 130 Mitarbeiter der Druckerei „Tiroler Graphik" in Innsbruck den blauen Brief. Nicht etwa auf Grund wirtschaftlicher Schwierigkeiten des Unternehmens, welches im Gegenteil eine ausgezeichnete Auftragslage besaß, sondern einzig und allein deswegen, weil der Besitzer, ein westdeutscher Unternehmer, sich zur Ruhe setzen will und seine Nachkommen kein Interesse an einer Weiterführung des Betriebes haben.

Während beim Chef in Germany die Sektpfropfen knallen, müssen sich 130 Arbeiter und Angestellte samt ihren Familien den Kopf zerbrechen, wie es im neuen Jahr weitergehen soll.

In Anbetracht des ausgelasteten Arbeitsmarktes im graphischen Sektor dürfte der Großteil der Entlassenen – teilweise seit Jahrzehnten im Betrieb beschäftigt – so schnell keine gleichwertige Arbeit finden. Auch von Stadt, Land oder Gewerkschaft ist keine Hilfe zu erwarten. Da die Firma auf Grund der Kündigungsfristen und der Abwicklung noch vorhandener Aufträge erst zum 31. März geschlossen werden soll, besteht die einzige Chance der Belegschaft in der Übernahme der Firma nach dem Vorbild der französischen Uhrenfabrik Lip. Nur eine solidarische und gemeinsame Haltung aller Belegschaftsmitglieder kann die bereits beschlossenen Entlassungen abwenden. (Siehe auch Seite 4.)




**Wenn faschistische und antifaschistische Demonstranten aneinandergeraten, dann ist es keine Frage, auf welcher Seite die westdeutsche Polizei steht:**

## Ein österreichischer Antifaschist wurde verhaftet

Hans Marzini, 25jähriger Arbeiter aus Fohnsdorf in der Steiermark, nahm als überzeugter Antifaschist an einer Demonstration gegen den Parteitag der westdeutschen Neonazis (NPD) in München teil. Die BRD-Polizei, als faschistenfreundlich allerorts bekannt, schleuste Zivilagenten in die Reihen der Demonstranten ein, um Zwischenfälle zu provozieren. Im Verlauf einer derartigen Provokation kam es zu einem Handgemenge, als Demonstranten versuchten, fotografierende und filmende Agenten abzudrängen. Für die uniformierte Polizei war dies ein Signal zum Angriff, es wurde eine Reihe von Demonstrationsteilnehmern verhaftet, darunter auch Hans Marzini, der seit Jahren in der BRD als "Gastarbeiter" bei AGFA beschäftigt war.

Während seine mitverhafteten westdeutschen Genossen nach einigen Tagen freigelassen wurden, sitzt Hans Marzini seit 12. Oktober 1974 im berüchtigten Münchner Untersuchungsgefängnis Stadelheim. Angeblich wegen Flucht- und Verdunklungsgefahr, in Wirklichkeit aber deshalb, weil Ausländer - besonders wenn sie fortschrittliche Ansichten vertreten - in der BRD schutzlos den Behörden ausgeliefert sind. Um den Klassencharakter der BRD-Justiz besonders zu veranschaulichen, sei darauf verwiesen, daß abgeurteilte Rechtsbrecher wie Bomben-Burger (jetzt NDP-Häuptling) in der BRD ungeschoren blieben.

Wir fordern die sofortige Freilassung von Hans Marzini und seine Wiedereinstellung bei AGFA!

Freispruch für alle verhafteten Antifaschisten!

Protestschreiben sind zu richten an:

Amtsgericht München
D-8000 MÜNCHEN 35
Postfach/Richter Streiber



# Pleitegeier über dem »reichsten Land der Welt«




Die Wirtschaft der USA, von den Kapitalisten als die "reichste und mächtigste der Welt" gerühmt, ist in eine neue und tiefe Krise eingetreten.

1974 stieg die Inflationsrate auf über 12 Prozent;
die Industrieproduktion und das Bruttonationalprodukt stagnierten und sanken; die Produktion der Industrie fiel von Dezember 1973 bis November 1974 um 4,3 Prozent, der Wohnbau z.B. ging sogar (seit Anfang 1973) um 60 Prozent zurück;
die Steigerung der Nominallöhne hat mit der Inflation nicht Schritt gehalten, was eine tatsächliche Lohnsenkung von 5 Prozent bedeutete;
eine große Zahl von Unternehmen machten Bankrott, im ersten Halbjahr 1974 waren es bereits 5.200;
und die Zahl der Arbeitslosen hat (nach offiziellen Angaben) die Sechseinhalb-Millionen-Grenze weit überschritten.

Dabei ist es so, daß die Zahl der tatsächlichen Arbeitslosen bei weitem höher ist, als es die offiziellen Zahlen glauben machen sollen. Besonders sind aber die farbigen Arbeiter von der Krise betroffen. Die Arbeitslosenquote der Schwarzen liegt bei 40 Prozent, die von schwarzen Jugendlichen nahe 60 (!) Prozent.

Es ist natürlich kein Zufall, daß in den USA die wachsende Inflation Hand in Hand mit einem Rückgang der Produktion geht. Durch "Anti-Krisen"-Maßnahmen, durch Erhöhung der Militär- und Regierungsausgaben sowie des privaten Konsums hat die amerikanische Monopolbourgeoisie seit dem zweiten Weltkrieg einen künstlichen gesellschaftlichen Bedarf geschaffen, der die Überproduktion vom Markt aufsaugen sollte. Dadurch wurde zwar ein zeitweiliger Scheinaufschwung hervorgerufen, tatsächlich aber führte diese Methode zu ernsten Konsequenzen.

Die Verschuldung - die öffentliche wie auch die private - stieg gewaltig. Der ganze "Boom", der durch einen Vorgriff auf zukünftige Einnahmen, durch Schuldenmachen herbeigeführt worden war, war also nur eine Scheinblüte. 1973 betrugen die öffentlichen und privaten Schulden in den Vereinigten Staaten bereits 2,5 Billionen Dollar, was dem Zweieinhalbfachen des US-Nationaleinkommens in jenem Jahr entsprach. Diese Verschuldung stellt einen Vorgriff auf die zukünftige Produktion dar, und die durch Kredite aufgebrachten Geldmittel waren somit durch keinerlei wirklichen Wert gedeckt. Deshalb die rasche Zunahme der Inflation. Es ist aber ganz klar, daß solche "Anti-Krisen"-Maßnahmen die Krise nicht abwenden können, sondern die Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaft letztlich verschärfen. Die außerordentlichen Schulden haben die finanzielle Basis der US-Wirtschaft untergraben. Die Verschuldung und die wachsende Inflation haben die Kaufkraft der werktätigen Massen ernsthaft geschwächt, auf der anderen Seite haben sie eine abnorme Entwicklung der Produktion begünstigt und damit die Anarchie der kapitalistischen Wirtschaft verstärkt. Der Widerspruch zwischen der chaotischen Ausweitung der Produktion und dem relativen Absinken der Kaufkraft der arbeitenden Menschen tritt jetzt offen in der Krise zutage.

Die Fäulnis des Kapitalismus steht dem amerikanischen Volk nun klar vor Augen und die

US-Imperialisten, die in aller Welt auf dem Rückzug sind, werden auch in den USA selbst hart bedrängt. Am 16. Juli 1974 verzeichneten die Vereinigten Staaten mit 600 Streiks die größte Zahl der Arbeitsniederlegungen seit 1940. Die Anzahl von Streiks stieg im vergangenen Jahr Monat für Monat, von einer Million Streiktage im Februar bis auf neun Millionen im Juni. Im ersten Halbjahr 1974 waren dreißig Millionen Streiktage zu verzeichnen. Und diese Streikbewegung breitete sich weiter aus. Im August und dann nochmals im November traten 120.000 Arbeiter in den Kohlenbergwerken in einen landesweiten Streik. Die amerikanische Arbeiterklasse setzt sich dagegen zur Wehr, daß sie nach dem Willen der Kapitalisten die Krise ausbaden soll.

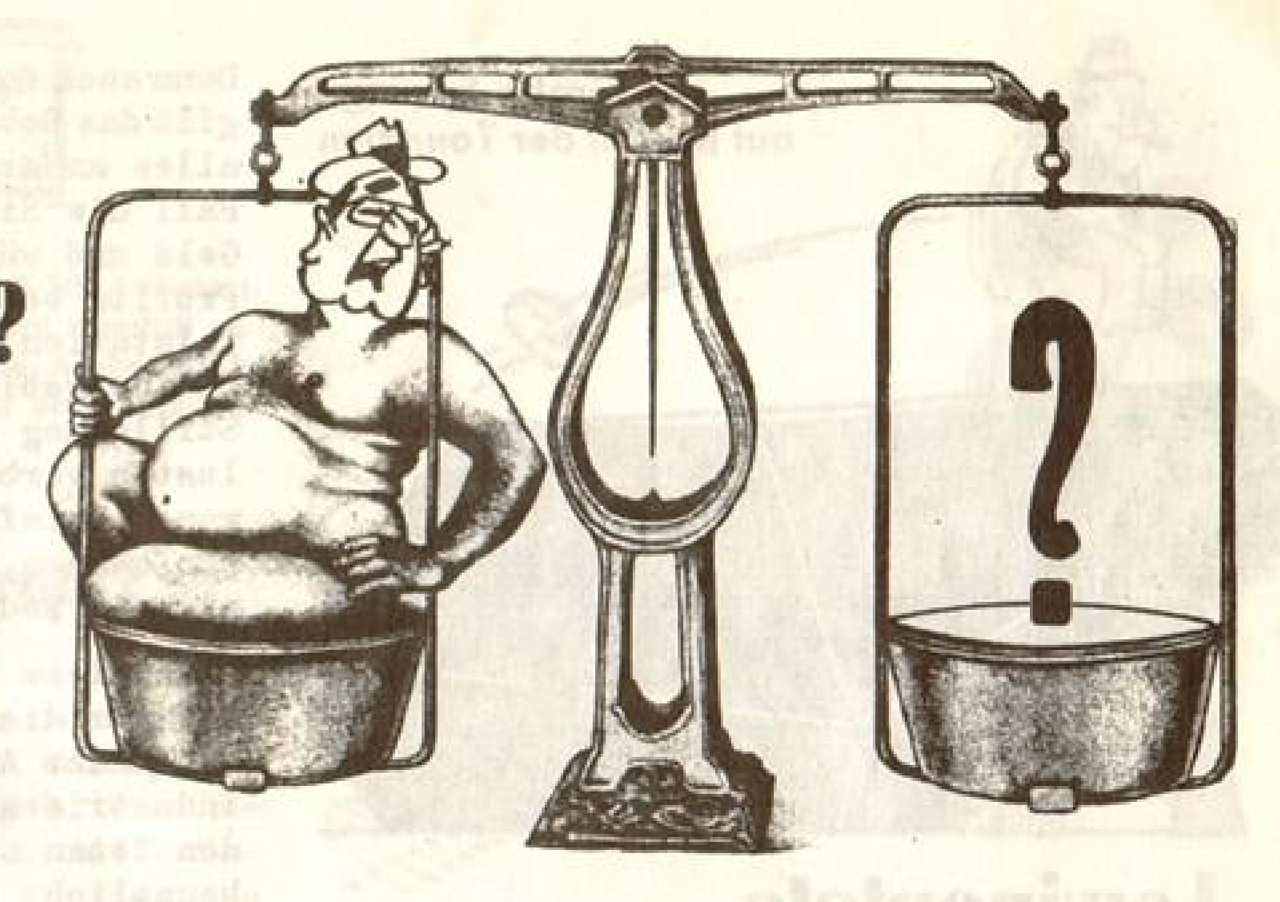
Angesichts der krisenhaften Entwicklung in den USA sollten die arbeitenden Menschen eine wichtige geschichtliche Erfahrung überdenken: Lassen sich die wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten des Kapitalismus nicht mehr mit "normalen" friedlichen Mitteln lösen, so haben die Imperialisten stets einen Ausweg im imperialistischen Krieg gesucht.

Sowohl die US-Imperialisten wie auch die russischen Sozialimperialisten sind heute mit ihrer Politik in eine Sackgasse geraten. Vom Widerstand der Völker der Dritten Welt gegen Hegemoniebestrebungen, Imperialismus und Kolonialismus bestürmt, haben beide Supermächte auch im eigenen Land große Schwierigkeiten, und der Widerspruch zwischen USA und Rußland verschärft sich von Tag zu Tag. Die Gefahr einer imperialistischen Auseinandersetzung zwischen den beiden Supermächten wird immer akuter, und die Völker der Welt, besonders aber die Völker und die Arbeiterklasse in Europa müssen sich auf die Gefahr eines neuerlichen imperialistischen Weltbrandes vorbereiten.

Die Völker Europas müssen sich auf ihre eigenen Interessen besinnen und über die kapitalistischen Machthaber hinweg muß in dieser Frage eine klare Linie verankert werden. Dabei richtungsweisend zu sein, das ist die Aufgabe der marxistisch-leninistischen Gruppen und Organisationen. ●



# Wiegt ein Unternehmer mehr als die Arbeiterschaft eines Betriebes?




Betrachtet man die Vorgänge um die "Tiroler Graphik" etwas genauer, so kommt man darauf, daß da den Arbeitern allerhand zugemutet wird. Weil der Unternehmer nicht mehr will, wird ein Betrieb ganz einfach geschlossen - obwohl eine gute Auftragslage vorhanden wäre - und 130 Arbeiter fliegen auf die Straße ohne zu wissen, wie ihr Leben weitergehen soll. Denn ein Überangebot an freien Arbeitsplätzen im graphischen Gewerbe gibt es in Innsbruck ja nicht.

Da wird den Arbeitern immer eingeredet, daß ein "gemeinsames Interesse an der Wirtschaft" zu herrschen hätte. Die lautesten Schreier waren dabei die Unternehmer und ihre Freunde, die "Sozial- und Wirtschaftspartner" in der SPÖ- und Gewerkschaftsführung. Mit diesem Gerede waren diese Herrschaften darauf aus, ständig steigende Preise zu rechtfertigen und die Arbeiter zu Lohnabschlüssen zu zwingen, die weit unter dem Ausmaß der Preissteigerungen und der erhöhten Produktivität liegen. Dabei wurden und werden Millionenprofite gescheffelt. Alles auf Kosten der arbeitenden Menschen.

Der Kapitalist, dem die "Tiroler Graphik" gehört, hat jetzt genug Millionen gescheffelt und will sich daher "zur Ruhe setzen", wie man hört. Die "Partnerschaft" ist aus, der eine verpraßt, was die anderen erarbeitet haben, die jetzt nicht wissen, wie es weitergehen soll.

Was an diesem Beispiel zutage tritt, ist das offene, brutale Antlitz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, in der ein Arbeiterdasein nichts anderes ist als ein modernes Sklavendasein. Besonders jetzt, da die kapitalistische Mißwirtschaft in einer tiefen Krise steckt, zeigt sich das allgemein und ganz deutlich. Antreiberei, Druck auf die Meinungsäußerung, die erpresserischen Drohungen mit der Arbeitslosigkeit, das alles haben die Kapitalisten bereit, wenn die unausbleibliche Situation eintritt, daß es mit dem "sanften, demokratischen Schmäh" nicht mehr geht.

Darin zeigt sich aber nur der unversöhnliche Widerspruch zwischen den Interessen der Kapitalisten und denen der arbeitenden Bevölkerung in diesem System. Mit allen Mitteln versuchen die kapitalistischen Machthaber aus uns Riesenprofite zu pressen, und wir können uns dagegen nur wehren, wenn wir das nicht als "unabänderlich" betrachten und dagegen kämpfen. Letzten Endes gibt es für uns ja überhaupt keinen anderen Ausweg, als die Macht im Staat diesen Herrschaften zu entreißen.

Im konkreten Fall sehen sich die Arbeiter der "Tiroler Graphik" vor die Tatsache gestellt, daß sie auf der Straße liegen und nicht wissen, wo und wie es weitergehen soll, wo wieder eine Arbeit zu bekommen ist. Und das alles, weil der Kapitalist nicht mehr will. Nehmen die Arbeiter die Betriebsschließung ohne Widerspruch hin, werden sie fast nicht mehr einschlägig beschäftigt werden können. Denn wie gesagt, der Arbeitsmarkt auf diesem Sektor in Innsbruck ist ausgelastet. Nicht nur daß sie ihre sozialen Rechte aus einer längeren Betriebszugehörigkeit verlieren, fängt man im günstigsten Fall - wenn man eine einschlägige Arbeit bekommt - auf der Lohnskala wieder ganz unten an. Und da wird herzlich wenig gezahlt. Oder man muß in eine andere Beschäftigung ausweichen, wo einem dasselbe blüht.

Aber warum soll es eigentlich so sein? Es gibt genug ähnlich gelagerte Fälle, wo Betriebsschließungen verhindert worden sind. Warum sollen die arbeitenden Menschen einem ungewissen Schicksal entgegengehen, nur weil die Kapitalisten Willkür- und Profitherrschaft betreiben? Die Uhrenfabrik LIP in Frankreich und ähnliche Fälle in Italien haben gezeigt, daß es auch anders geht. Die Arbeiter haben die Betriebe besetzt und die Produktion selbständig weitergeführt. Sicherlich mußten sie sich dabei in harten Kämpfen behaupten, denn der Feind, alle Kapitalisten, mobilisierte seinen ganzen Machtapparat dagegen. Letzten Endes haben sie aber doch gesiegt, weil sich die Arbeitermassen mit ihnen solidarisierten und jede erdenkliche Unterstützung leisteten. Die Erkenntnis, daß wir uns als arbeitende Menschen nur auf unsere eigenen Kräfte stützen können, daß wir uns zum politischen Kampf selbst organisieren müssen, weil die Führer aller bestehenden Parteien nur Kapitalsinteressen vertreten, müssen wir in uns aufnehmen. Andernfalls sind wir die Verlierer.

In einer ähnlichen Situation wie jetzt bei der "Tiroler Graphik" haben die Arbeiter der Papierfabrik Schlöglmühl auch gegen die Schließung rebelliert. Auch sie waren erfolgreich, weil an ihrem einheitlichen Kampf alle Anschläge der Unternehmensleitung sowie die Spaltungsversuche der Gewerkschaftsbonzen gescheitert sind.

Warum sollen die Arbeiter der "Tiroler Graphik" nicht durchsetzen können, daß der Betrieb weitergeführt wird. Der Kapitalist kann ruhig gehen, es gibt genug andere Möglichkeiten. Die Forderung müßte jedenfalls lauten: **WIR WOLLEN UNSEREN ARBEITSPLATZ ERHALTEN!**

Mit dieser Forderung müssen sich alle Innsbrucker Arbeiter solidarisieren und sie unterstützen. Besonders die graphischen Arbeiter, denn ihre Unternehmensbosse betrachten die entlassenen Arbeiter der "Tiroler Graphik" als willkommene Reservisten, die zu Erpressungen und Lohndruck verwendet werden können. Wir von der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs solidarisieren uns mit jedem Kampf der Arbeiter der "Tiroler Graphik" um ihre Interessen und sind zu jeder Unterstützung und Zusammenarbeit bereit. Das werden in Innsbruck alle Marxisten-Leninisten machen. ●



## Große Sprünge auf Kosten der Touristen

# Lawinentote —
## Opfer der Fremdenverkehrsindustrie

**L**iest man die Berichte über die schweren Lawinenkatastrophen der vergangenen Wochen, so springt einem sofort der Umstand ins Auge, daß immer den Opfern die Schuld in die Schuhe geschoben wurde.

Tatsache bleibt aber, daß die zuständige Liftgesellschaft in Kitzbühel den lawinengefährdeten Hang nicht gesperrt hatte, daß der Lift im Montafon durch bekannt lawinengefährdetes Gebiet führt, und daß die Talstation genau in der Fallinie der Lawine errichtet wurde.



Denn auch für die Fremdenverkehrsindustrie gilt das Gebot: Zuerst der Profit und dann alles andere. Zum anderen zählt in diesem Fall die Sicherheit. Aber diese kostet Geld und würde somit eine Schmälerung des Profits bedeuten. Die Grundpreise für die Talstation wären vielleicht außerhalb des Lawinengebiets teurer gewesen, eine Stillegung des Lifts wäre mit Einnahmeverlusten verbunden gewesen, das Aufstellen von Warntafeln hätte die Kunden abschrekken können, wer fährt schon gerne Schi, mit dem Tod im Nacken.

Alle diese Tatsachen werden von unseren Massenmedien schnell übergangen, sie würden ja dem Ansehen unserer Fremdenverkehrsindustrie schaden. Und so wird alle Schuld den Toten aufgehalst, die können sich bekanntlich dagegen nicht mehr wehren. In Vorarlberg wurden zuerst drei Schifahrer beschuldigt, die Lawine losgetreten zu haben, aber bedauerlicherweise lebten die drei noch und konnten sich zur Wehr setzen und ihre Unschuld beweisen. So fand man kurz darauf eine Blutspur, die zu einem Toten und damit idealen Schuldigen führte.

Auch in Kitzbühel waren zuerst die Schifahrer schuld an der Katastrophe, weil sie in einen angeblich gesperrten Lawinenhang eingefahren waren. Mittlerweile hat sich herausgestellt, daß keinerlei Absperrungen vorhanden waren.

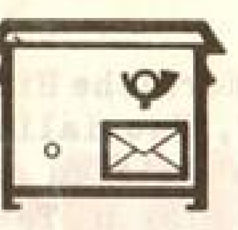
Das Motto der österreichischen Fremdenverkehrsindustrie war und ist dasselbe wie in jedem anderen Industriezweig: Mit möglichst wenig Aufwand einen möglichst hohen Gewinn zu erzielen. Jahrelang vertraute man darauf, daß unsere schöne Landschaft und unsere Berge allein genug Gäste anziehen würden. Als sich in den vergangenen Jahren eine Tendenzwende abzuzeichnen begann, und die Fremden nicht mehr jeden Nepp sang- und klanglos in Kauf nahmen, begann allerorts das große Jammern. Flugs beeilte sich der Finanzminister, mit kräftigen Kapitalspritzen den armen Hoteliers und Gastwirten unter die Arme zu greifen. Daß diese die Einführung der Mehrwertsteuer zu saftigen Preiserhöhungen benutzten und somit selbst schuld an ihrer Misere waren, blieb unberücksichtigt.

Immer wieder wird das Argument aufgetischt, der Fremdenverkehr wäre die tragende Säule der österreichischen Wirtschaft. Bei all seiner Wichtigkeit sollte er jedoch nicht zur Monokultur ausarten, und die österreichische Arbeiterklasse darf kein Volk von Lakaien werden.

B.W., Tirol ●



# Ein Leserbrief



**Diesen Brief erhielten wir, bevor noch US-Außenminister Kissinger und US-Präsident Ford ziemlich unverblümt mit einem Krieg gegen die Araber drohten. Der Brief ist dadurch aber sogar noch aktueller geworden:**

## Der Schlüssel zum Erdöl?

"Wenn in die Enge getrieben - werden die USA das arabische Erdöl in Besitz nehmen? Wird man sie dazu zwingen? Washington droht nicht, aber einige maßgebliche Politiker erklären, daß die USA unter Umständen dazu gezwungen werden könnten, zu wählen zwischen wirtschaftlichem Ruin und bewaffneter Aktion".

Diese Worte sind Titel und Untertitel eines Artikels der "U.S. News & World Report" vom 2. Dezember 1974, einer amerikanischen Zeitschrift mit engen Bindungen zum US-Monopolkapital.

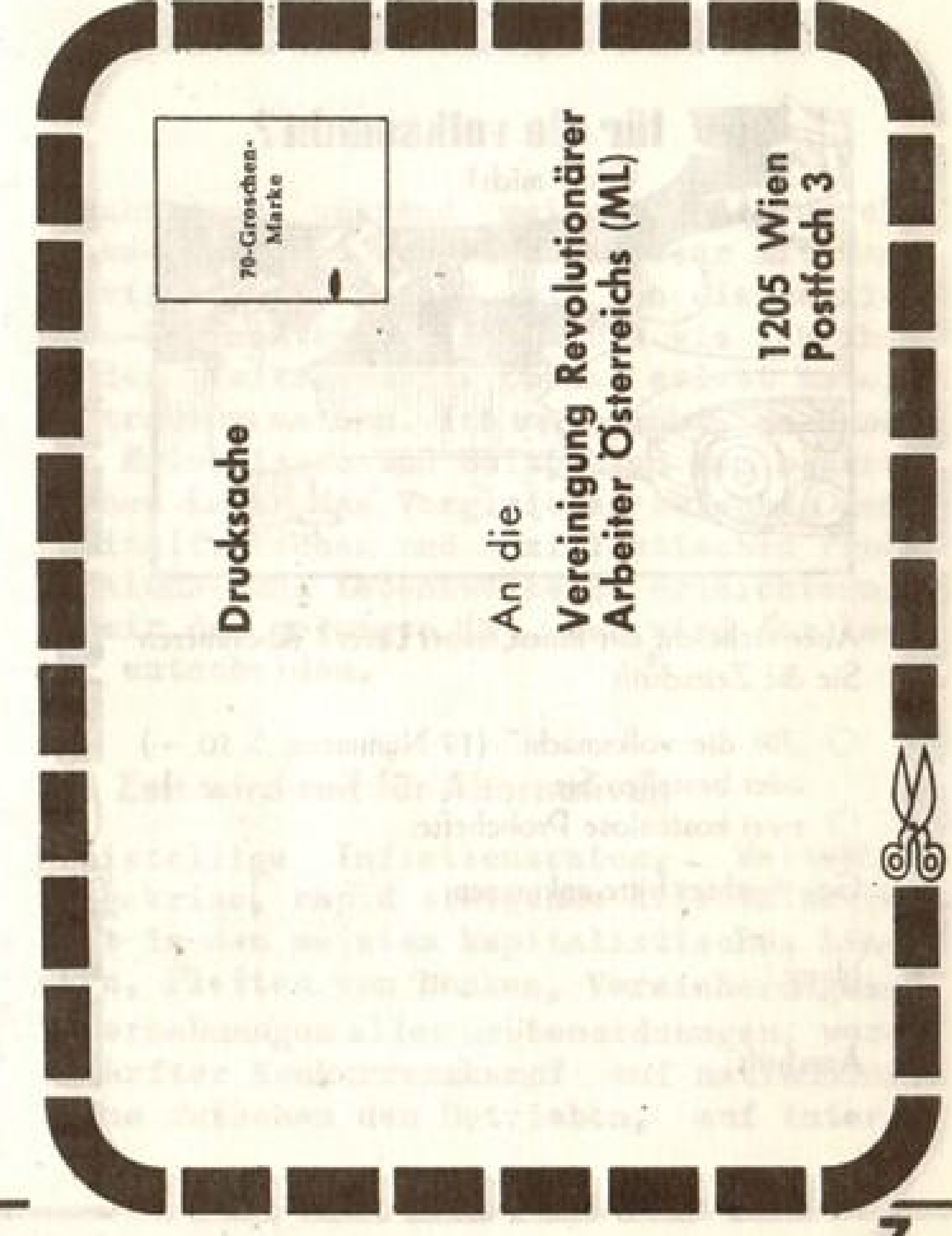
Damit der Leser sich ein objektives Bild machen kann, im folgenden einige Zitierungen aus besagtem Artikel: "....es kann eine amerikanische militärische Intervention nicht ausgeschlossen werden, um die für die westlichen Industrieländer lebenswichtigen Öllieferungen sicherzustellen... Der regierungsnahe Kolumnist Jack Anderson berichtete auf der Basis von Informationen bedeutender Politiker, daß sich in Washington eine grimmige Stimmung breitmacht, die USA könnten gezwungen sein, militärisch einzugreifen, um den Ölpreis zu senken und den Westen vor wirtschaftlichem Ruin zu retten... - ein Spitzenpolitiker erklärt: 'Wir sind entschlossen, provokative Drohungen zu vermeiden, aber wir wollen den Arabern zu verstehen geben, daß wir keine militärische Interventionen ausschließen, sollten es die Umstände erfordern'..."

### »Lebensinteressen« von Imperialisten

"Willst Du nicht mein Sklave sein, so schlag ich Dir den Schädel ein." Das ist die Logik von Imperialisten, welche in folgenden Worten aus besagtem Artikel ihren Ausdruck findet: "... eine militärische Aktion wird als letzter Ausweg betrachtet, wenn wirtschaftliche und diplomatische Bemühungen fehlschlagen würden, um den Ölpreis auf ein vernünftiges Maß zu senken..."



Ein bezeichnendes Licht auf das Verhältnis der beiden Supermächte (USA und sozialimperialistisches Rußland) zueinander, aber auch auf den Begriff "Lebensinteressen" aus der Sicht von Imperialisten, werfen folgende Worte des "U.S. News"-Artikels: "... zur Gefahr einer russischen Intervention in diesem Raum, sollte es zu besagter amerikanischen militärischen Aktion kommen, bemerkte ein bekannter amerikanischer Politiker, ...die Russen sind Realisten, wenn es um Lebensinteressen geht, um ihre und um amerikanische. Die Sowjets werden anerkennen, daß es sich bei



einer amerikanischen militärischen Intervention in den arabischen Ölstaaten um US-Lebensinteressen handelt und nur um Randinteressen der Russen. Sie würden sich genausowenig einmischen, genausowenig wie wir es getan haben in der CSSR, wo wir anerkannten, daß russische Lebensinteressen auf dem Spiel standen."

Was so in den Hirnen von Imperialisten vor sich geht, wird durch diesen Artikel der amerikanischen Zeitschrift offenbar. Er erleichtert dem aufmerksamen Leser, der Logik von Imperialisten auf die Spur zu kommen. Nämlich, daß es zu den "Lebensinteressen" der Imperialisten gehört, andere Länder und Völker zu unterjochen und auszuplündern. Man erkennt am Beispiel des arabischen Erdöls, wie die Supermächte gemeinsam die Völker bekämpfen und zugleich in heftigem Konkurrenzkampf miteinander stehen. Der US - Imperialismus kaschiert seine Ausplünderungs- und Aggressionspolitik gegenüber den Ländern der Dritten Welt mit Worten wie "Lebensinteresse" und versucht, diese mit dem Köder der "Entwicklungshilfe" unter seine Kontrolle zu bringen. Die russischen Sozialimperialisten stehen ihnen aber keineswegs nach bei ihren Bestrebungen, andere Länder und Völker zu beherrschen und auszuplündern. Der einzige Unterschied besteht darin, daß sie ihre imperialistische Politik zu tarnen versuchen mit Schlagworten wie "brüderliche Hilfe", "begrenzte Souveränität", "sozialistische Arbeitsteilung" usw. Sie spielen mit Worten Sozialisten, sind mit ihren Taten aber Imperialisten, eben Sozialimperialisten.

Die imperialistische Aggressions- und Unterdrückungspolitik der beiden Supermächte, verbunden mit ihrem Konkurrenzkampf um die Weltherrschaft, ist die Ursache der Unruhe in der Welt und bringt auch die Gefahr der direkten Auseinandersetzung zwischen ihnen, die nur die Form eines imperialistischen Weltkriegs haben kann.

## Lebensinteressen der unterdrückten Völker

US-Imperialismus und russischer Sozialimperialismus gleichen sich wie ein Ei dem anderen. Beide beuten kleine Länder aus und unterdrücken den Widerstand der Völker mit brutaler Gewalt, durch Subversion und militärische Intervention. Beide kümmern sich keinen Deut um die Lebensinteressen dieser unterdrückten Länder und Völker! Die arabischen Länder, die Länder und Völker der Dritten Welt, alle unterdrückten Völker beginnen aber dieses schändliche Spiel der beiden Supermächte zu durchschauen und schließen sich immer enger zusammen im Widerstand gegen imperialistische Aggression und Unterdrückung. Der Kampf der unterdrückten Völker der Welt gegen das Hegemoniestreben des US-Imperialismus und des russischen Sozialimperialismus wie überhaupt gegen jede Form imperialistischer Ausplünderung und Unterdrückung vertieft sich immer mehr. Es dämmert bereits der Tag, an dem die Völker der Welt jeden Imperialismus zu Grabe tragen und damit der Ausbeutung ein Ende bereiten werden.

Mit dem Fortschreiten dieses revolutionären antiimperialistischen Prozesses, global gesehen, wird es konsequenterweise auch zur Beschleunigung des antikapitalistischen revolutionären Kampfes innerhalb der kapitalistischen Staaten kommen, einschließlich der ehemals sozialistischen, nun revisionistisch entarteten mit der Sowjetunion an der Spitze. Denn die Interessen der Völker der Dritten Welt fallen zusammen mit den Lebensinteressen der arbeitenden Menschen in den Industrieländern, sie haben alle einen gemeinsamen Feind: den Imperialismus und besonders die beiden Supermächte. Das ist revolutionäre sozialistische Logik, welche sich zur imperialistischen Logik so verhält wie der Tag zur Nacht.






# für die volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)


**Ein österreichischer Bergbauer berichtet aus der Volksrepublik China (VI)**

## Die andere Möglichkeit: Sozialismus

Was kann ich von der bäuerlichen Warte aus zusammenfassend sagen?

Gemeinsam mit den anderen arbeitenden Menschen sind die werktätigen Bauern Chinas zu Herren des Landes geworden. Kein armer Bauer und unterer Mittelbauer glaubt, daß ihm der Sozialismus "etwas genommen" hat. Im Gegenteil: Sie haben die Wahrheit der Worte Mao Tsetungs, daß nur der Sozialismus China retten kann, erkannt, und sie haben durch die Volksmacht Gewaltiges gewonnen. Sie sind zu freien Bauern im sozialistischen Sinn geworden, d. h. frei von der Ausbeutung und Herrschaft des Kapitals, der Fabrikanten, Bürokraten und Grundherren, die ehedem über den arbeitenden Menschen thronten und sie um ihrer egoistischen Profitinteressen willen ins Elend stürzten. Not, Elend, die Millionen Hungertoten gibt es nicht mehr. In gemeinsamen Anstrengungen entwickeln sich die Lebensverhältnisse der chinesischen Bauern stürmisch vorwärts, zu ihrem und zum Wohl des ganzen Volkes. Sie haben erkannt, daß man den sozialistischen Weg verteidigen muß gegen alle Klassenfeinde, die natürlich bestrebt sind, die alten Zustände wiederherzustellen.

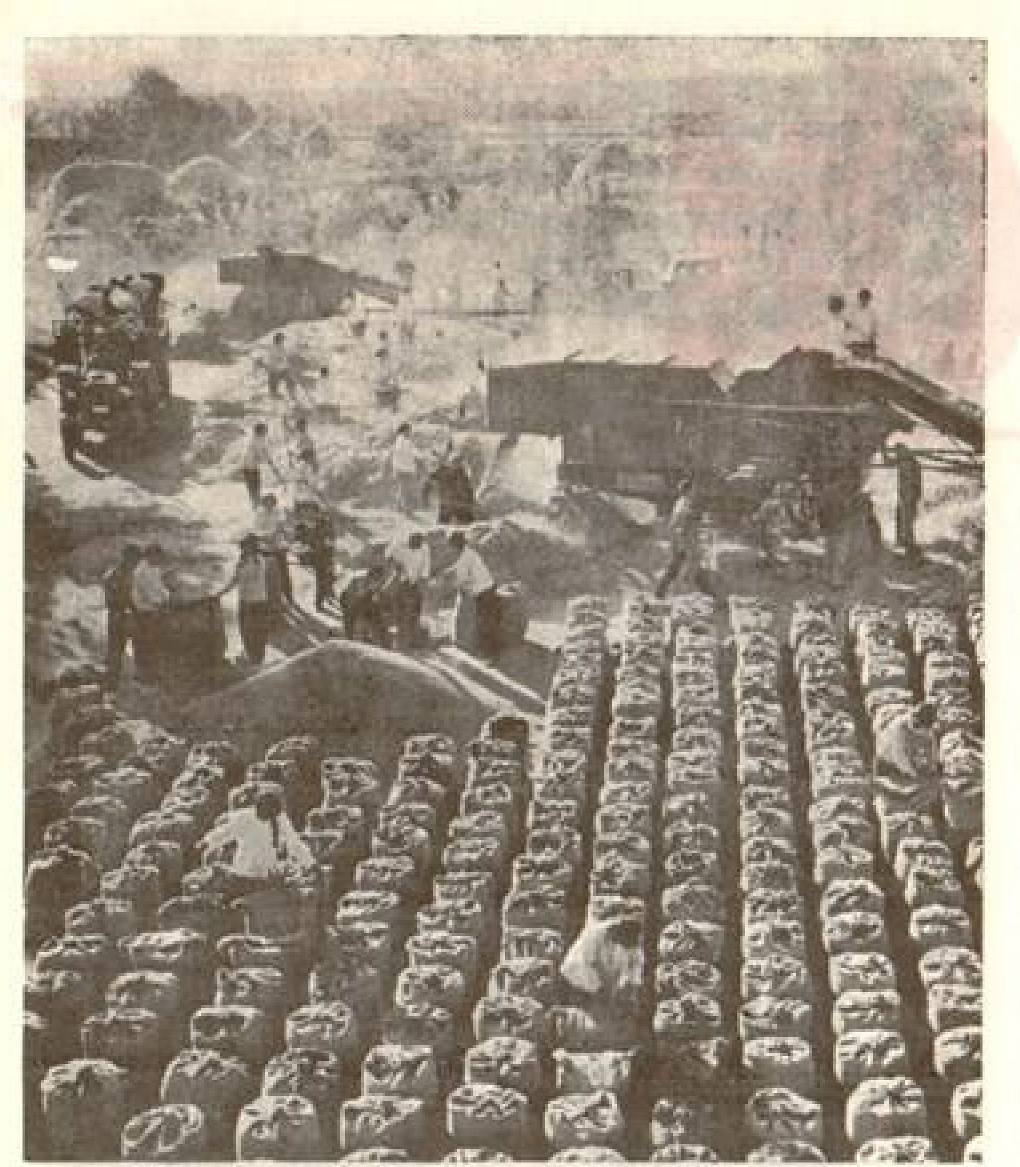
Es ist Zeit, den Bericht über meine China-Reise abzuschließen. Es liegt wohl ganz in der Hand des Lesers, zu beurteilen, ob mein Reisebericht willkommen oder nicht willkommen ist, ob er genug verständlich verfaßt wurde. Auf jeden Fall habe ich mich bemüht, den bäuerlichen Leser auf eine Alternative zum Kapitalismus aufmerksam zu machen: den Sozialismus. Und der Sinn und Zweck meines Reiseberichtes ist es, an Hand von konkreten Erlebnissen und Erfahrungen während meiner Reise durch Volks-China dem bäuerlichen Leser mit dem Begriff "Sozialismus", wie ihn die Marxisten-Leninisten verstehen und wie ich ihn in der Volksrepublik China erlebt habe, vertraut zu machen. Ich war bemüht, an Hand von Erlebnissen und Beispielen dem bäuerlichen Leser das Vergleichen zwischen der kapitalistischen und sozialistischen Produktions- und Lebensweise zu erleichtern. Ob mir das gelungen ist, das wird der Leser entscheiden.



Der von der Bevölkerung des Kreises Linhsiän, Provinz Honan, gebaute 1500 Kilometer lange Rote-Fahne-Kanal auf dem Taihang-Gebirge

### Die Zeit wird reif für Alternativen

Zweistellige Inflationsraten, Weltwährungskrise, rapid steigende Arbeitslosigkeit in den meisten kapitalistischen Ländern, Pleiten von Banken, Versicherungen, Unternehmungen aller Größenordnungen, verschärfter Konkurrenzkampf auf nationaler Ebene zwischen den Betrieben, auf inter-



Reiche Ernte in einer Volkskommune der Provinz Schantung

nationaler zwischen den Ländern und Wirtschaftsblöcken, alles auf dem Rücken der arbeitenden Menschen - das sind eindeutige Symptome einer tiefgreifenden kapitalistischen Wirtschaftskrise. Die Ursache der Weltwirtschaftskrise ist das Profitsystem des Kapitalismus als Ganzes. Und nachdem das kapitalistische System auf Grund der weltwirtschaftlichen Verflechtungen zu einem kapitalistischen Weltwirtschaftssystem zusammengekleistert wurde, gibt es auch kein "Verschontbleiben" des einen oder anderen Landes. Alle kapitalistischen Länder werden mehr oder weniger von dieser Krise in Mitleidenschaft gezogen. Unterschiede gibt es nur darin, daß dem einen das Wasser erst bis zum Bauch reicht, dem anderen Land aber schon bis zum Hals. Um Kopf und Kragen geht es aber im Zuge der bestehenden Weltwirtschaftskrise bei allen diesen Ländern.

In einer solchen Situation ist es für jeden verantwortungsbewußten Menschen mit Blickwinkel nach vorne geradezu eine Pflicht, Ausschau nach Alternativen zum krepierenden Kapitalismus zu halten. Das sind wir unseren Kindern schuldig. Wir müssen allen Formen sozialistischer Produktions- und Lebensweise erhöhte Aufmerksamkeit entgegenbringen. Denn die einzig vernünftige Alternative zum Kapitalismus ist der Sozialismus.

## Eine Reform des Kapitalismus ist keine Alternative

Das System des Kapitalismus ist im Stadium seines Zerfalles und keinesfalls "reformierbar". Dazu ist die Krise, in der sich die kapitalistische Weltwirtschaft befindet, viel zu tiefgreifend. In der Vergangenheit konnten die Arbeiter und Bauern durch ihre Kämpfe dem Kapital Zugeständnisse und Reformen abringen, welche ihren Lebensstandard - vorübergehend und teilweise - verbesserten. In einer Krise aber, wie es die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise ist, in der das Kapital verzweifelt um die Erhaltung seiner Höchstprofite (sie sind der Motor des Systems) ringt, gibt es keine objektive Grundlage für ein ernstzunehmendes Reformprogramm. So weit können die Kapitalisten gar nicht ihr Maul aufreißen, daß wir Arbeiter und Bauern ihnen so etwas noch abkaufen würden. Im Gegenteil, es wird den ausgebeuteten Klassen der Arbeiter und Bauern immer klarer: das Kapital wird auf Grund der dem System innewohnenden Gesetzmäßigkeiten zum gnadenlosen Feind der Rechte und Bedingungen, welche die Arbeiter und Bauern zuvor in langen Kämpfen errungen haben. Das Kapital braucht zum Überleben den Profit, genauso wie der Mensch zum Atmen den Sauerstoff. Und in einer Krisenperiode wie der gegenwärtigen kommt es zu einem verschärften Konkurrenzkampf, zum Kampf "jeder gegen jeden", und es herrscht das Gesetz des Dschungels.

## Die Alternative heißt Sozialismus

Wenn ich in meinem Reisebericht aufgezeigt habe, wie die chinesischen Bauern erfolgreich waren bei der Bewältigung von verschiedenen landwirtschaftlichen Produktionsproblemen, indem sie den Weg des gemeinsamen Handelns und Werkens beschritten haben, so ist das ein Aufzeigen der "sozialistischen Alternative". Einer Alternative zur unvernünftigen kapitalistischen einzelwirtschaftenden Produktionsweise, welche zum bäuerlichen Ruin führt. Wenn ich berichtet habe, wie ein höherer Kollektivierungsgrad für chinesische Bäuerinnen gleichbedeutend war mit der Befreiung der Frau vom Status der Haussklavin, so ist das ein Aufzeigen einer sozialistischen Alternative zum trostlosen Zustand der Bäuerinnen im Kapitalismus. Das Gegenüberstellen der Kultursituation im sozialistischen China der Kultursituation im kapitalistischen Österreich, Beiträge über medizinische Betreuung und Körperkultur, über Schule und Erziehungswesen in Volkschina im Vergleich zu Österreich, zum Kapitalismus, sollen dem Leser dazu dienen, sich mit dem vertraut zu machen bzw. auseinanderzusetzen, was da heißt: "Sozialistische Praxis".

Mit meinem Reisebericht habe ich versucht, dem bäuerlichen Leser sozialistische Praxis zu vermitteln, das heißt zu erzählen, wie die chinesischen Bauern den Aufbau des Sozialismus praktizieren. Mit einem Wort, der Reisebericht soll das seine dazu beitragen, den kämpferischen Bauern die Alternative SOZIALISMUS begreifen zu lehren. Dieses Begreifen ist eine der wesentlichen Voraussetzungen dafür, daß die kleinen und mittleren Bauern zusammen mit den Arbeitern für den revolutionären Sturz der bestehenden kapitalistischen Ausbeuterordnung kämpfen, mit dem Ziel der Errichtung einer neuen und gerechten Gesellschaftsordnung ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen: der sozialistischen Ordnung - einer Ordnung, die auch der werktätigen Bauernschaft eine helle Zukunftsperspektive gewährleistet.

Am Schluß meines Reiseberichts über das Leben und Werken der chinesischen Bauern in Volks-China rufe ich allen kämpferischen österreichischen Bauern die Worte Mao Tsetungs zu: "Alles, was neu ins Leben tritt, wächst unter Schwierigkeiten heran, hat einen Weg voller Windungen und Wendungen zurückzulegen. Es wäre eine reine Illusion, zu glauben, daß die Sache des Sozialismus ohne Schwierigkeiten und Zickzackwege, ohne gewaltige Anstrengungen vorankäme, daß man immer günstigen Wind und leicht Erfolg haben würde."

Mit bäuerlichen und revolutionären Grüßen!



Eine tibetische Traktorführerin auf dem Tibet-Hochland





Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2. P.b.b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1200 Wien

# „Amerikanischer Friede" in Kambodscha . . .



Ende November spielte sich auf der UN-Generalversammlung ein scharfer Kampf in der Kambodscha-Frage ab. 37 Staaten, darunter Algerien, Albanien und China hatten einen Resolutionsentwurf vorgelegt, der die Wiederherstellung der legitimen Rechte Kambodschas in der UNO und den Hinauswurf der Vertreter des illegalen Lon-Nol-regimes forderte. Durch Verfahrenstricks und politische Erpressungen und Machinationen hinter den Kulissen ist es den US-Imperialisten dann gelungen, eine Gegenresolution gerade noch durchzudrücken.

Es ist bekannt, daß das Lon-Nol-Regime einzig und allein eine Schöpfung des amerikanischen Imperialismus ist und daß es überhaupt kein Recht hat, das kambodschanische Volk zu vertreten. Die Königliche Regierung der Nationalen Union, die den überwiegenden Teil Kambodschas beherrscht, ist die einzig legitime Regierung ihres Landes. Als solche wird sie vom kambodschanischen Volk anerkannt, welches unter ihrer Führung einen entschlossenen Freiheitskampf führt. Und als solche wird sie auch von über sechzig Staaten anerkannt. Das Wesen des Kambodscha-Problems liegt in der Aggression der amerikanischen Supermacht gegen ein Land der Dritten Welt. Der Schlüssel zur Lösung der Kambodscha-Frage ist die Einstellung aller Unterstützung und Hilfe, welche die US-Imperialisten ihrem Lakaien Lon Nol auf militärischem, wirtschaftlichem und diplomatischem Gebiet leisten. Dann wird das kambodschanische Volk sehr schnell seine Probleme lösen.

Die UNO-Resolution der US-Imperialisten stellt aber diese Tatsachen auf den Kopf. Sie ruft zu einer "friedlichen Lösung" des Kambodscha-Problems auf, womit gemeint ist, daß die Befreiungskämpfer mit Lon Nol verhandeln und diesen so als "zweite Regierung" des Landes akzeptieren sollen. Die Resolution geht sogar so weit, die UNO aufzurufen, den "beiden streitenden Parteien" in Kambodscha "angemessene Unterstützung" zu leisten, und stellt damit die Opfer der Aggression mit den Handlangern der amerikanischen Aggressoren gleich. Damit soll die UNO zu einem Werkzeug der US-Imperialisten gegen das kambodschanische Volk gemacht und das Marionettenregime "legalisiert" werden.

Nach der Verabschiedung der US-imperialistischen Resolution nahmen zahlreiche Vertreter der Dritten Welt empört dagegen Stellung. Wenn die USA so viele Worte über die "Wiederherstellung des Friedens" in Kambodscha machen und dies wirklich wollen, wurde betont, so sollen sie doch die Unterstützung Lon Nols aufgeben. Der algerische Vertreter erklärte, daß der Kampf zur Wiederherstellung der Rechte Kambodschas in der UNO auf der nächsten Generalversammlung weitergehen würde.

Das kambodschanische Staatsoberhaupt Sihanouk gab am 28. und 30. November namens der Befreiungsbewegung seines Landes Erklärungen ab, welche die UN-Resolution entschieden zurückwiesen. "Wir sind nicht kriegslüstern - sagte er - aber wir werden niemals einen 'amerikanischen Frieden' akzeptieren, selbst wenn er uns durch die UNO angeboten wird. Solange wir atmen, werden wir den Kampf gegen die US-imperialistischen Aggressoren fortsetzen, ohne Zurückweichen und ohne Kompromisse."

Obwohl die US-Imperialisten noch einmal die Wiederherstellung der legitimen Rechte des kambodschanischen Volkes verhindern konnten, zeigte sich doch ihre ganze politische Schwäche. Denn ist es etwa Stärke, wenn die imperialistische Resolution mit 56 gegen 54 Stimmen (bei 24 Enthaltungen) durchgedrückt wurde? Wenn man dabei noch bedenkt, daß das Lon-Nol-Regime ja gar kein Recht gehabt hat, mitzustimmen, so schrumpft die Stimmenmehrheit überhaupt auf eine einzige Stimme zusammen. Es ist ganz klar, daß eine unter solchen Abstimmungsverhältnissen verabschiedete Resolution schon die künftige Niederlage der offenen und der verkappten Freunde der Lon-Nol-Clique zeigt. ●

# . . . und in Südvietnam

**Der „Waffenstillstand" in Südvietnam wird von Thieus Bombenflugzeugen Tag für Tag gebrochen. (Laut Aussage Saigoner Oppositionspolitiker hat Thieu den Waffenstillstandsvertrag im Jänner 1973 überhaupt nur deshalb unterschrieben, weil ihm die USA eine Bestechungssumme von umgerechnet 120 Millionen Schilling zahlten, damit sie ihre Bodentruppen „ehrenvoll" aus dem verlorenen Krieg zurückziehen konnten.) Der Saigoner Diktator erlitt trotz seiner Luftüberlegenheit erst kürzlich wieder militärische Niederlagen. Aber auch politisch und wirtschaftlich entwickelt sich die Lage zu seinen ungunsten:**

Das Thieu-Regime verfault mit jedem Tag, während es in den befreiten Gebieten Südvietnams tagtäglich vorwärtsgeht. So kann man kurz die Lage in Südvietnam charakterisieren. Tatsächlich sind in den Gebieten Südvietnams, die von der Provisorischen Revolutionsregierung verwaltet werden, in den vergangenen Jahren große Erfolge erzielt worden, und das in allen Bereichen - politisch, wirtschaftlich, im Gesundheitswesen, im Erziehungswesen usw.

Auf politischem Gebiet: Während unter der Herrschaft Thieus das Volk keinerlei demokratischen Rechte hat, und es zweihunderttausend politische Gefangene gibt, während über eine Million Menschen von den Saigoner Faschisten in sogenannten "Flüchtlingslagern" gewaltsam festgehalten und daran gehindert werden, in ihre Heimatdörfer zurückzukehren, die meist in den befreiten Gebieten liegen, besitzt auf dem Gebiet der Provisorischen Revolutionsregierung das Volk die politische Macht. Das ist die Grundlage für die Stabilität und den Aufschwung der befreiten Gebiete.

Trotz der andauernden Angriffe der Saigoner Armee machen Landwirtschaft, Handwerk und Industrie der befreiten Gebiete Fortschritte, wobei die Produktion gemäß den Bedürfnissen des Volkes entwickelt wird. In vielen Gegenden haben die Bauern die Ernteerträge gegenüber dem vergangenen Jahr um über 50 Prozent gesteigert und oft sogar verdoppelt. Hunderte Kilometer Bewässerungskanäle wurden gegraben, tausende Wasserreservoirs wurden angelegt. Von besonderer Bedeutung bei der Entwicklung der Landwirtschaft in den befreiten Gebieten ist dabei die Wiedergewinnung wertvollen Ackerlandes, das durch Millionen Bombenkrater und durch den Einsatz chemischer Giftstoffe zerstört worden war.

Auch an jene Bauern, die aus den von Thieu beherrschten Gebieten flüchten, wird Land verteilt. Zehntausende Familien haben sich in den befreiten Gebieten niedergelassen.

In der landwirtschaftlichen Produktion wurden von den Bauern Gruppen zur gegenseitigen Hilfe bei der landwirtschaftlichen Produktion gebildet. Besonders die Zugtiere werden gemeinsam verwendet, da die US-Imperialisten und Thieu fast den gesamten Viehbestand getötet hatten und deshalb ein großer Mangel an Zugvieh besteht. Aber auch dieses Problem wird immer erfolgreicher gelöst. Im zentralen Teil Südvietnams haben im Vergleich zu 1973 die Rinder- und Büffelherden um mehr als 5.000 Stück zugenommen.

Die Provisorische Revolutionsregierung stellt den Bauern zur Förderung der Landwirtschaft Zugvieh, Saatgut, Düngemittel sowie Geräte zur Verfügung. Dagegen sind die Abgaben niedrig. Es wird zwar Naturalsteuer erhoben, um die Befreiungsarmee versorgen und ernähren zu können. Da aber die Soldaten selber Land bestellen und auch die Bevölkerung bei der Produktion unterstützen, sind diese Steuern nicht hoch.

Was die medizinische Versorgung betrifft, so ist diese in den befreiten Gebieten kostenlos, und zwar auch für jene Menschen, die aus den Thieu-Gebieten zur medizinischen Behandlung kommen. Gegen weit verbreitete Krankheiten wie Malaria, Tuberkulose und Ruhr werden Massenkampagnen durchgeführt; neben Provinz-, Kreis- und Bezirkskrankenhäusern gibt es mobile Ärzteteams zur Vorbeugung und Seuchenverhütung sowie zur Betreuung von Mutter und Kind.

Auch auf dem Gebiet des Erziehungswesens wurden Erfolge erzielt: So wurden allein in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres in Nam Bo (im südlichen Teil Südvietnams) mehr als 300 Schulen errichtet, die 20.000 Schüler aufnehmen können. Jede Provinz hat heute eine Lehrerbildungsanstalt, und es werden auch Lehrer für die verschiedenen nationalen Minderheiten in Südvietnam ausgebildet.

Alle diese Tatsachen zeigen uns, daß das vietnamesische Volk erfolgreich vorwärts marschiert. Wenn das Thieu-Regime gestürzt und der Frieden wiederhergestellt sein wird, dann wird in ganz Südvietnam ein blühendes Leben aufgebaut werden.

"Unsere Flüsse, unsere Berge, Menschen werden immer bleiben, ist der Yankee geschlagen, erbauen wir das Land zehnmal schöner als je!"

Ho Tschi-minh ●




# Bürgermeister Gratz hat seinen Preis

## Die Tariferhöhungen in Wien

Mit Jahresbeginn sind in Wien die Tarife für Straßenbahn, Strom und Gas radikal erhöht worden. Schon vorher wurde bereits den Beziehern von Fernheizwärme eine 60prozentige Tariferhöhung aufgezwungen. Das alles kostet den arbeitenden Menschen - und das wird jetzt immer deutlicher spürbar - hunderte Schilling im Monat mehr.

Empört über diese Anschläge der Gemeindebonzen hatten sich in einigen Bezirken Arbeiter, Angestellte, Pensionisten, Hausfrauen und Studenten zu Komitees gegen die Tariferhöhungen zusammengeschlossen. Mit aufopferndem Einsatz haben die Komiteemitglieder Versammlungen, Kundgebungen und eine Unterschriftensammlung (nahezu 20.000 Unterschriften gegen die Tariferhöhungen wurden gesammelt) durchgeführt.



Am 9. Jänner haben die Komitees zu einer Demonstration zum Rathaus aufgerufen, an der über tausend Menschen teilnahmen. Dabei zeigte sich eine rege Beteiligung arbeitender Menschen, die auf den Zwischenkundgebungen und dann vor dem Rathaus in Reden ihre Empörung über die unverschämten Maßnahmen der Gemeinde zum Ausdruck brachten. Das alles war eine sehr gute Sache und die Erfahrungen des Kampfes der Komitees gegen die Tariferhöhungen verdienen Beachtung.

Diese Komitees waren der deutliche Keim von etwas Neuem, von etwas, das es seit Jahrzehnten in Österreich nicht gegeben hat: Daß arbeitende Menschen zu erkennen beginnen, daß man selber etwas tun muß, daß man selbständig für die eigenen Interessen eintreten und kämpfen muß - gestützt auf die eigene Kraft.

Die bestehenden Parteien, die allesamt auf dem Boden des kapitalistischen Gesellschaftssystems stehen, haben im Verlauf des Kampfes der Komitees gegen die Tariferhöhungen in einem Prozeß der Selbstentlarvung ihr wahres Gesicht gezeigt. Von der SPÖ braucht man nicht viel zu reden. Die horrenden Tariferhöhungen haben ganz klar gezeigt, daß im angeblich "Roten Wien" kein "rotes Herz" für die arbeitenden Menschen schlägt. Das Herz der SP-Bonzen schlägt für das kapitalistische Ausplünderungssystem, was man ja an ihrer Politik feststellen kann. Und die ÖVP? Sie wollte die berechtigte Empörung der arbeitenden Menschen für ihre Parteiinteressen ausnutzen. Der ÖVP-Fraktionsboß Hahn hat sich dann gründlich entlarvt, als er versuchte, eine Demonstration gegen die Heizkostenerhöhungen Ende 1974 vor dem Rathaus in eine Parteikundgebung für die ÖVP umzufunktionieren und als er dort erklärt hat, die Tariferhöhungen müßten ja sein, jedoch nicht so hoch, aber jetzt könne man "eh nix mehr" dagegen machen. Und die "K"PÖ, die sich auf der Demonstration vom 17. Dezember als "einziger Wahrer der Arbeiterinteressen" aufgespielt hat? Sie hat eine Unterstützung der Komitees gegen die Tariferhöhungen abgelehnt und die Komitees als "lächerlich" bezeichnet. Das war ja auch nicht anders zu erwarten. Denn die Führer der "K"PÖ wollen ja stets nur ihr eigensüchtiges Parteisüppchen kochen und die arbeitenden Menschen vor den Karren ihrer arbeiterverräterischen Parteiinteressen spannen. Und weil sich die in den Komitees zusammengeschlossenen Menschen dafür eben nicht hergaben, deshalb sind für die Revisionisten diese Komitees "lächerlich". Die arbeitenden Menschen sollen ja nach ihrem Willen die "Volksstimme" lesen, die angeblichen "Kommunisten" wählen, der "K"PÖ beitreten usw., aber sich nur nicht für die eigenen Interessen zum Kampf organisieren. Die scheinkommunistischen "K"P-Bonzen sind da genau so wie irgendwelche x-beliebigen anderen Karrierepolitiker. Sie wollen eben auch nur auf Mitglieder- und Stimmenfang gehen.

Die arbeitenden Menschen können sich von allen bestehenden Parteien nichts erwarten, sie müssen sich selber zusammenschließen und den Kampf für ihre Interessen führen. Und auch wenn eine wirklich marxistisch-leninistische revolutionäre Arbeiterpartei geschaffen sein wird, dann hat sie die Aufgabe, sich in diese selbständigen Kämpfe der Massen einzuschalten, diese zu fördern und zu unterstützen. Sie muß diese Kämpfe politisch anleiten und in ihrem Verlauf die Arbeiterschaft an die Erkenntnis der Notwendigkeit des revolutionären Sturzes der Kapitalsdiktatur heranführen.

Der Kampf der Komitees gegen die Tariferhöhungen war ein Erfolg. Das zeigt sich allein schon darin, daß die Gemeinde gezwungen war, mit einer umfangreichen Propaganda (Plakate usw.) auf die Erregung in der Bevölkerung und auf die Aktivität der Komitees zu antworten. Die Komitees gegen die Tariferhöhungen waren ein ermutigender Beginn, daß sich die Idee der Selbsthilfe und des Vertrauens auf die eigene Kraft in der Arbeiterschaft, unter den arbeitenden Menschen überhaupt, durchsetzt.

Wir haben gesagt, daß die Komitees etwas Neues waren. Es ist auch ganz klar, daß das Neue in einem komplizierten Kampf, in einem unvermeidlichen Zickzackweg mit Auf- und Abschwüngen heranwächst. Hier ergibt sich für die Marxisten-Leninisten eine große Verantwortung, wollen sie ihren Aufgaben gerecht werden.

Es muß gesagt werden, daß es im Zusammenhang mit den Komitees schwere Fehler gegeben hat. Es gab da unterschiedliche Einschätzungen, was die Stärke der Bewegung, die Perspektive des Kampfes und seine Ergebnisse betrifft. Die eine, von der VRA gegebene Einschätzung war die, daß dieser Kampf <u>langwierig</u> sein würde, wobei sich die konkrete Stoßrichtung im Verlaufe dieses Kampfes ändern könnte. Die andere, von einigen Führern der Komitees gegebene Einschätzung war, daß die Komitees "sofort" eine "Lawine" der Empörung und der Aktivität der arbeitenden Menschen hervorrufen und die Rücknahme der Erhöhungen erzwingen würden. Das war ein maßloses Überschätzen der eigenen Kräfte, ein Vorauseilen vor den Massen. Diese Linie gipfelte in einem unverantwortlichen Aufruf zu einer Demonstration am 11. Jänner, zwei Tage nach der großen Demonstration zum Rathaus. Bei diesem Protestmarsch am Samstag, dem 11. Jänner, haben sich verständlicherweise viel weniger Teilnehmer eingefunden. Und so schlug denn die falsche Einschätzung um - von der Überschätzung der eigenen Kräfte in Panik. Die Demonstration wurde abgebrochen und die Kampagne gegen die Tariferhöhungen wurde zur "Niederlage" erklärt. So führt eben eine falsche Linie einmal zu Abenteurertum, ein anderes Mal zu Liquidatorentum. Es ist nicht verwunderlich, daß die Vertreter dieser falschen Linie sogar dafür eintraten, die Komitees aufzulösen.

Wir haben in den Komitees darauf hingewiesen, daß wir dies für falsch halten. Und wir haben vorgeschlagen, daß die Komitees ihre Arbeit als Selbsthilfekomitees der arbeitenden Bevölkerung gegen alle Anschläge auf ihre Interessen fortsetzen sollen. Arbeitende Menschen, die im Verlauf des Kampfes zu den Komitees gestoßen waren, sind ebenfalls für den Fortbestand eingetreten.

Unsere Linie, die Komitees weiterzuführen, sie organisatorisch und ideologisch zu festigen mit dem Ziel, die Notwendigkeit des selbständigen Kampfes der arbeitenden Menschen gestützt auf ihre eigene Kraft und die Notwendigkeit der Organisierung dazu konsequent zu verbreiten, hat sich diesmal noch nicht durchgesetzt. Das ist bedauerlich. Denn zweifellos bieten solche Komitees die Möglichkeit, den wissenschaftlichen Sozialismus mit dem praktischen Kampf der arbeitenden Bevölkerung zu verbinden und Kader für die revolutionäre Partei des Proletariats zu gewinnen.

Der Abbruch der Demonstration am 11. Jänner mit der Motivierung, "man müsse einen geordneten Rückzug antreten", und die Defacto-Liquidierung der Komitees waren schwere Fehler, deren Ursachen durch Kritik und Selbstkritik herausgearbeitet werden müssen, um in Zukunft besser gewappnet zu sein.